

Lübeker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Der Lübeker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Wertages. Abonnementspreis frei Haus halbjährlich 1.— Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 1,08 Reichsmark einschließlich Postgebühren. Anzeigenpreis für die neungespaltene Millimeterzeile 10 Reichspfennig, bei Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die dreifachspaltene Millimeterzeile 50 Reichspfennig

Nummer 244

Montag, 17. Oktober 1932

39. Jahrgang

Auf den Burschen haben wir gerade gewartet

Erkronprinz als Verschwörer

Dumm, frech, großenwahnsinnig

R 31 n, 16. Oktober

Angeheures Aufsehen hat hier ein Artikel in der „Rheinischen Zeitung“ erregt, den wir im folgenden gefürzt wiedergeben. Das SPD-Organ schreibt:

„Die Reichsregierung bemerkt eifrig, daß der Erkronprinz Friedrich Wilhelm als „Reichsverweser“ in Aussicht genommen sei. Herr Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, aber schweigt sich aus. Er weiß warum. Die Pläne, diesen Herrn als Reichsverweser einzusetzen, sind sehr weit gediehen. Wenn die Reichsregierung, was möglich ist, darüber weniger wissen sollte als wir, so dürfte sie wohl auffallend schlecht unterrichtet sein.“

Erkronprinz Wilhelm selbst fühlt sich seit langem als eine Art „Reichsverweser“ und glaubt, sich als Oberkontrolleur der Reichsminister befähigen zu können. Der Beweis dafür liegt uns u. a. in einem Briefe vor, den Erkronprinz Wilhelm am 14. April 1932 aus Cäcilienhof an den Reichswehrminister Groener geschrieben hat.

In diesem inhaltlich ungeheuerlichen Schriftstück nimmt sich der Erkronprinz heraus, sich in das Verbot der SA und SS durch den Herrn Reichspräsidenten einzumischen. Der Brief charakterisiert den Verfasser als einen ganz gewissenlosen und verantwortungslosen Schwärzer, der ganz in der Art des Herrn Papa die schwersten außenpolitischen Gefahren für Deutschland heraufbeschwören kann, wenn ihm nicht schleunigst das Mundwerk gestopft wird. Aus nationalpolitischen Gründen lehnen wir ab, den Brief in vollem Wortlaut zu veröffentlichen.

Wie majestätisch und als künftiger „Reichsverweser“ sich der Erkronprinz fühlt, geht schon aus dem Einleitungsatz des Schriftstücks hervor: „Es ist mir ein Bedürfnis, mit diesen Zeilen Ihnen meine ernste Sorge für die Zukunft unseres Vaterlandes auszusprechen.“

Er als Vater des Vaterlandes!

Die künftige Majestät begünstigt dann Herrn Groener und Herrn Schleicher gleichermaßen und offenbart sich klar als Protektor der hitlerischen „Arbeiterpartei“.

„Sie wissen, daß Sie seit dem November 1918 von den nationalen Kreisen häufig sehr scharf angegriffen worden sind, und daß ein großes Mißtrauen gegen Ihre Person gerade in diesen Kreisen bestanden hat. Ich persönlich habe, weil ich mich im Leben immer bestrebe, objektiv zu bleiben, in vielen Fällen für Sie gerade in diesen Kreisen eine Lanze gebrochen, ebenso wie für meinen Freund Schleicher. Gerade deswegen ist es mir besonders schmerzhaft, daß Sie den Erlaß, der zur Auflösung der SA und SS geführt hat, mit Ihrem Namen gedeckt haben. Ich kann diesen Erlaß nur als einen schweren Fehler ansehen und für eine außerordentliche Gefahr für den inneren Frieden. Es ist mir auch unverständlich, wie gerade Sie als Reichswehrminister das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und dort eine wertvolle Erziehung genießt, zerfchlagen helfen.“

Die entscheidenden Teile des Briefes entziehen sich der Veröffentlichung, zumal in der jetzigen schweren außenpolitischen Lage. Nur soviel sei gesagt, daß das Schreiben auch die unverschämtesten Verdächtigungen und Verleumdungen des Reichsbanners und der Sozialdemokratie enthält, die uns je zu Gesicht gekommen sind.

Der Brief ist ein Hohenzollerndokument ersten Ranges.

Herr Groener hat das Dementieren noch immer nicht verlernt

Aber zugelernt hat er auch nichts

R 31 n, 17. Oktober (Radio)

Der frühere Reichswehrminister Groener hat am Sonnabend zu dem von der Rheinischen Zeitung veröffentlichten Brief des

Koburg

Salle, 14. Oktober (Eig. Bericht)

Ein Leser des „Salle'schen Volksblattes“ hat von einem Verwandten aus Koburg einen Brief erhalten, der folgende interessante Stellen enthält:

„Bei Euch erzählen sie immer, daß in Koburg keine Not mehr ist. Dabei ist jeder zweite Mensch arbeitslos und bekommt Unterstützung, aber so wenig, daß er fast verhungern muß. Die meisten gehen fort und mausen. Wir merken hier durch die Nazis noch nicht, daß es besser geworden ist, höchstens schlechter. Im vorigen Jahr ging es uns schon schlecht, aber so wie heute doch noch nicht. Die Nazis können uns allen den Buckel runterrutschen, denn helfen tut uns ja doch keiner.“

Erkronprinzen an ihn erklärt, daß dieser Brief niemals in seinen Besitz gelangt sei.

Dazu bemerkt die Rheinische Zeitung: „Das Groener-Dementi wundert uns sehr. Der Brief wurde abgesandt. Er kann unmöglich auf dem kurzen Weg von Potsdam nach Berlin verlorengegangen sein. Es sollte uns sehr überraschen, wenn außer uns nicht noch einige Personen von diesem Brief Kenntnis erhalten haben sollten. Und Herr Groener selbst sollte den Brief nicht gelesen haben? Das Schreiben beginnt mit der Anrede: „Lieber Herr General.“ Es schließt mit den Worten: „Wo es von jeher mein Bestreben gewesen ist, persönlich ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehrministerium und den nationalen Verbänden — speziell auch der NSDAP — herzustellen, werden Eure Ergelungen verstehen, wie schmerzvoll dieser Schritt, zu dem Sie Ihren Namen gegeben haben, berühren muß. Indem ich hoffe, daß Eure Ergelungen die Offenheit, mit der ich Ihnen geschrieben habe, richtig verstehen wird, verbleibe ich mit herzlichsten Grüßen Ihr Wilhelm.“

Kein Dementi schafft diesen Brief aus der Welt. Aber auch kein Dementi wird uns verleiten, zur Zeit die wirklich entscheidenden Teile des Briefes zu veröffentlichen. Wir erneuern unsere Aufforderung an den Herrn Reichspräsidenten und an den Herrn Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß die politische Unwissenheit dieses Hohenzollern nicht unermesslichen Schaden für Land und Volk anrichte.

Der Terror setzt wieder ein

Blutiger Sonntag

Schießereien in Berlin

Berlin, 16. Oktober

Die Nacht zum Sonntag brachte einige schwere politische Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden. Die Polizei konnte jedesmal eingreifen und Teilnehmer festnehmen.

Am halb drei Uhr früh wurden in der Oldenburger Straße in Berlin NW. neun Kommunisten von zehn Nationalsozialisten überfallen. Als sich die Kommunisten zur Wehr setzten, zogen die Nazis Pistolen hervor und schossen wild um sich. Dabei wurde ein Kommunist von einer Kugel getroffen und schwer verletzt. Ein Nationalsozialist erhielt einen Schlag, der ihm das Nasenbein zertrümmerte. Beide Verletzten wurden zunächst nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Später wurde der leichtere Verletzte nach dem Birchow-Krankenhaus überwiesen. Die Polizei nahm 14 Personen fest. Sechs Nationalsozialisten und acht Kommunisten wurden bei der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums eingeliefert. Bei einem der Festgenommenen wurde ein Trommelrevolver gefunden.

Schwere Zusammenstöße in Dortmund

Dortmund, 17. Oktober (Radio)

Am Donnerstag vormittag kam es in dem nördlichen Teil Dortmunds zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Personen, ein Nationalsozialist und eine an den Vorgängen unbeteiligte Frau, die vom Fenster ihrer Wohnung aus den Zusammenstößen zusah, wurde getötet. Außerdem blieben auf dem Kampfplatz 11 Verletzte. In der Gegend um das Eisen- und Stahlwerk Hoeft hatten sich am Sonntag vormittag Nationalsozialisten zum Zwecke der Flugblattverteilung versammelt. In der Nähe sollte um 11 Uhr vormittags in einem Kino ein Kulturfilm aufgeführt werden. Lange vor Öffnung des Theaters war dessen Eingang von einer dichten Menschenmenge, darunter zahlreichen Kommunisten besetzt. Als dann zwei bisher unbekannte Männer mehrere Schüsse abgaben, durch die zwei SA-Leute schwer verletzt wurden, verarmelten sich auf Grund kommunistischer Alarmsignale immer größere Menschenmengen, die der stark eingesetzten Polizei Widerstand entgegensetzten. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen und aus den Häusern beschossen. Sie erwiderten das Feuer. Von den 8 Schwerverletzten sind bald nach dem Vorfall zwei gestorben, die während der Zusammenstöße getötete aber an sich unbeteiligte Frau hat den Befehl der Polizei „Fenster schließen“ nicht Folge geleistet und wurde so ein Opfer ihrer Unachtsamkeit. Den ganzen Tag über herrschte in Dortmund noch starke Unruhe. Weitere Tatsachen waren jedoch nicht zu verzeichnen.

Skandal in Bremen

1,3 Millionen Steuern hinterzogen

Der Generaldirektor mit dem Patriotismus in der Schweiz
Bremen, 16. Oktober

Bremen hat seinen neuen Skandal, und zwar handelt es sich diesmal um einen Steuerfandal, der den früheren Generaldirektor der Nordsee-Hochseefischerei U.-G. (Fischtruf) Wriedt angeht. Wie die „Bremer Volkszeitung“ zu berichten weiß, ist die Steuerbehörde durch betrügerische Transaktionen um nicht weniger als 1,3 Millionen Mark geschädigt worden.

Wriedt ist zurzeit nach der Schweiz ausgerückt. Das Reich hat gegen ihn einen Steuersteckbrief erlassen. Seine betrügerischen Maßnahmen bestanden darin, daß er im Jahre 1928 die Majorität der Nordseeaktion an ein Bankenkonzern zum Kurs von 225 Proz. verkaufte. Der Steuerbehörde teilte er aber nur einen Verkaufskurs von 145 Proz. mit. Die ganze Transaktion wurde möglich, indem Wriedt in der Schweiz eine Gesellschaft für Handel und Industrieverwaltung gründete, die ihm allein gehörte. Er konnte von dieser Gesellschaft aus machen, was er wollte. Durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zahlte er bei dem oben erwähnten Geschäft an das Finanzamt Unterweser nur 240 000 Mark anstatt 1,5 Millionen Mark, die das Finanzamt zu fordern hatte. Auffällig ist dabei, daß das Finanzamt Unterweser von dem famosen Generaldirektor nicht einmal eine erbesstattliche Erklärung verlangt hat.

Gegen Wriedt liegen noch weitere Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft vor, und zwar wegen Betruges und Bilanzfälschung, die er bei verschiedenen Aufkäufen von Aktien begangen haben soll. Eigentümlich berührt dabei die Behauptung

Jetzt bekommt auch Oesterreich den Nazi-Segen zu spüren

Straßenschlacht in Wiener Arbeitervorstadt

Wien, 17. Oktober (Radio)

Im Stadtbezirk Simmering kam es in der Nähe eines Arbeiterheimes zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der NSDAP. und Sozialdemokraten. Drei Personen, darunter ein Polizeibeamter und zwei Nationalsozialisten wurden getötet und etwa 30 zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Nationalsozialisten hatten im Stadtbezirk Simmering eine Versammlung angefangt.

Als vor Beginn der Veranstaltung uniformierte SA-Leute das Heim passierten, kam es zu lärmenden Kundgebungen und Schlägereien mit Insassen des Heimes. Bald fielen auch zahlreiche Schüsse. Zunächst sank ein Polizeibeamter, der die Nationalsozialisten begleitete, durch einen Schuß in die Stirn getroffen tot nieder. Alles spielte sich in wenigen Minuten ab. Die Polizei entsandte, als ihr die Vorgänge bekannt wurden, sofort ein größeres Polizeiaufgebot, das zahlreiche Verhaftungen und in dem Stadtbezirk Simmering mehrere Hausdurchsuchungen vornahm. Die Polizei läßt verlautbaren, daß die Zahl der Verhafteten etwa 100 beträgt, außer den Toten etwa 8 Schwerverletzte und 20 Leichtverletzte zu verzeichnen sind und im Laufe der Hausdurchsuchungen außer 75 Gewehren, 13 Pistolen und 8 Maschinengewehre und ein Kufack mit Revolvern sichergestellt wurde.

Wien, 17. Oktober (Radio)

Ueber den Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern in Simmering wird noch gemeldet:

Die Nationalsozialisten drangen in die Ortschaftgasse, in der das Arbeiterheim liegt, ein. Diese Gasse liegt ganz abseits von dem Demonstrationaufzug der Nationalsozialisten. Die Polizei hätte den ganzen Vorfall verhindern können. Sie hätte mit höchstens 10 Mann die Ortschaftgasse abriegeln können. Sie hat die Nazis aber ungehindert vor das Arbeiterheim gehen lassen. Hier haben die Nazis zuerst auf das Arbeiterheim geschossen. Das Feuer wurde dann von den Insassen des Heimes erwidert.

Kleiner Mieter, was nun?

Neue Senkung der Neubaumieten ist notwendig

Genosse Dr. Ernst Bodien, Verbandsgeschäftsführer des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften, Demog-Revisionsvereinigung, nimmt in den nachfolgenden Darlegungen Stellung zu dem überaus aktuellen und brennenden Problem einer neuen Miet- und Zinssenkung.

Vor einigen Jahren lief in den guten deutschen Kinos ein Film, der eine Schilderung des Arbeiterlebens im Waldenburger Kohlenrevier brachte. Allen, die diesen Film gesehen haben, wird noch die Szene einprägsam sein, in der der Hausherr die Mietkassette an diesem Tag. Damals war ein solches Bild in Deutschland immerhin noch eine Ausnahmserscheinung; wenn es auch dem Arbeiter und dem kleinen Angestellten immer schon schwer gefallen ist, einen verhältnismäßig großen Teil seines Einkommens für seine Wohnung aufzuwenden. Heute läßt sich das Waldenburger Bild fast auf das gesamte Reich übertragen. Besonders schlimm sind die Familien dran, die in nach der Inflation errichteten Wohnungen wohnen. Und das sind immerhin 15 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung. Wer übrigens glaubt, daß sich diese 15 Prozent aus den sogenannten „besseren Kreisen“ rekrutieren, irrt. Nach den zuverlässigen Ermittlungen des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften e. V. (Demog-Revisionsvereinigung) bestehen die Mieter der ihm angeschlossenen Wohnungsunternehmen zu 70 Prozent aus Arbeitern. Dieser wesentliche Teil der deutschen Bevölkerung leidet unter dem Auseinanderklaffen der Bewegung von Einkommen und Ausgaben besonders schwer.

Die Löhne

Das Einkommen der breiten Massen der deutschen Bevölkerung ist seit 1929 in einem unauffaltamen Abgelenken begriffen. Dabei soll von den Arbeitslosen und den Kurzarbeitern ganz abgesehen werden. Wir haben hier nur die Glücklichen im Auge, die tatsächlich noch voll arbeiten. Die bei ihnen vorgenommenen Kürzungen der Löhne und Gehälter sind mit etwa 25 bis 30 Prozent zu beziffern. Nehmen wir die günstigste Ziffer, nämlich eine Kürzung von 25 Prozent an. Ein gutbezahlter qualifizierter Metallarbeiter verdiente zu Anfang des Jahres 1929 noch etwa einen Reichsmark in der Arbeitsstunde einschließlich der Ueberverdienste. Er geht heute mit brutto 75 Pfennig pro Stunde nach Hause. Bei voller Arbeitszeit betrug sein Einkommen also

1929 im Monat rund 200 Mark.
heute rund 150 Mark.

Noch trauriger sieht es natürlich in den Industrien aus, in denen die Löhne schon an sich noch niedriger liegen, zum Beispiel in der Textilindustrie. Ein vollbeschäftigter Textilarbeiter verdiente 1929 zur Zeit der guten Konjunktur etwa 160 Mark monatlich, heute nur noch etwas über 120 Mark.

Bei einer 25prozentigen Lohnsenkung macht in der gleichen Zeit die Senkung der Lebenshaltungskosten nur 15 Prozent aus, aber nur für die Leute, die in Altwohnungen wohnen. Für die anderen ist der Lebenshaltungszuwachs nur um etwa 11 bis 12 Prozent zurückgegangen; denn ein Hauptteil ihrer Lebenshaltungskosten die Miete, ist nicht um 10 Prozent, wie bei den Altwohnungen, sondern nur um 7 bis 8 Prozent zurückgegangen.

Die Mieten

für die Neubaugewohnungen sind sehr wenig einheitlich je nach Ort, nach Baujahr, nach Art der Bauten und nach ihrer Finanzierung. Immerhin liegen einige Anhaltspunkte vor, die sich aus den Ermittlungen des bereits oben genannten Verbandes ergeben. Nach ihnen betrug die Monatsmiete für die normale Zweizimmerwohnung

	vor der Mietenkürzung durch die 4. Notverordnung, also bis Ende letzten Jahres	heute
in kleinen Städten im Durchschnitt	34,70 Mark	31,60 Mark
in Mittelstädten	36,90 Mark	33,90 Mark
in Großstädten	45,— Mark	41,— Mark

Die durch die 4. Notverordnung angeordnete Senkung der Mieten, die bekanntlich durch eine Zinssenkung erreicht wurde, betrug statt der von der Reichsregierung angekündigten 15 bis 20 Prozent der Miete nur 8 Prozent. Da gleichzeitig eine zehnprozentige Lohnsenkung durchgeführt worden ist, hat die ganze Aktion den Neubaumietern nicht genützt, sondern geschadet.

Früher rechnete man im Normalfall damit, daß ein Arbeiter und ein kleiner Angestellter für seine Wohnung etwa 20 Prozent seines Einkommens ausgab. Der Metallarbeiter in einer Großstadt, der, wie wir vorher sahen, während der letzten guten Konjunktur ein Einkommen von etwa 200 Mark monatlich hatte, konnte sich also ohne besondere Schwierigkeiten eine Wohnung mit einer monatlichen Miete von 45 Mark leisten. Selbst der Textilarbeiter mit seinem Einkommen von 160 Mark monatlich konnte in kleineren Städten immerhin noch eine Neubaugewohnung mieten.

Nach Bezahlung des Mietzinses verblieben dem Metallarbeiter noch 155 Mark für seine übrige Lebenshaltung, wovon dann noch allerdings Steuern und soziale Lasten abgingen. Heute geht derselbe Arbeiter — wohl gemerkt, der vollbeschäftigte — mit 150 Mark nach Hause. Er zahlt 41 Mark Miete, es verbleiben ihm also noch zur Bestreitung aller übrigen Ausgaben, aber vor Abzug der Steuern usw., noch 109 Mark.

In kleineren Städten, in denen die Löhne früher schon niedriger waren, liegen die Dinge natürlich absolut noch schlechter. Rechnete man dort mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst von 160 Mark und einer Miete für die Neubaugewohnung von 34 Mark, dann verblieben zur Bestreitung der übrigen Bedürfnisse noch 126 Mark. Heute verbleiben dem Arbeiter in einer Kleinstadt von seinem Lohn nach Bezahlung der Miete, aber noch vor Entfrichtung der Steuern und sozialen Abgaben nur noch 89 Mark.

Dabei haben wir bisher immer nur von den vollbeschäftigten Fabrikarbeitern gesprochen.

Wie die Dinge bei den ungelerten Hilfsarbeitern aussehen, kann man sich danach ungefähr vorstellen.

Im ganzen kann man heute sagen, daß trotz — oder gerade infolge der 4. Notverordnung der Reichsregierung vom Dezember 1931 der Anteil der Miete an den Gesamtausgaben eines gutbezahlten Arbeiters von 20 auf 27 Prozent gestiegen ist. Bei vielen weniger gut bezahlten Vollbeschäftigten macht der Anteil der Miete schon ein Drittel des gesamten Einkommens aus.

Ein Kapitel für sich bilden natürlich die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die in Neubauten wohnen. Mir sind Fälle bekannt, in denen sie, um sich nur das Dach über dem Kopf zu erhalten, fast ihre gesamte Unterstützung bzw. ihren gesamten Kurzarbeiterlohn für Miete aufwenden.

Die Ankosten des Vermieters

Nachdem in der Nachkriegszeit der größte Teil des Wohnungsbauens mindestens in den Mittel- und Großstädten von gemeinnützigen Genossenschaften und Gesellschaften durchgeführt wird, liegen uns über die Art, wie der Mietzins gebildet wird, ziemlich genaue Angaben vor. Bekanntlich wird der Wohnungsneubau zu seiner Finanzierung etwa zu 90 Prozent (teilweise noch mehr) fremde Gelder verwandt werden, die zum Teil von den Landesversicherungsanstalten, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und vom öffentlichen Geldmarkt herkommen. Annähernd 80 Prozent aller Ankosten eines Neubaubestitzers entfallen auf Zinsen und Tilgungen, die an Hypothekengläubiger abzuführen sind. Die Steuern machen etwa 4 bis 5 Prozent aus, die laufenden Reparaturen etwa 6 bis 7 Prozent. Der Rest der Ankosten setzt sich zusammen aus Licht-, Kanalsgebühren, Wasser-, Schornsteinefegergebühren, Versicherungen usw. und etwa 4 Prozent allgemeinen Verwaltungskosten. Die Mieten sind, soweit der gemeinnützige Wohnungsbau (also die Hauptmasse aller Neubaubestitzer) in Frage kommt, fast durchweg so kalkuliert, daß sie die entstehenden Ankosten gerade decken.

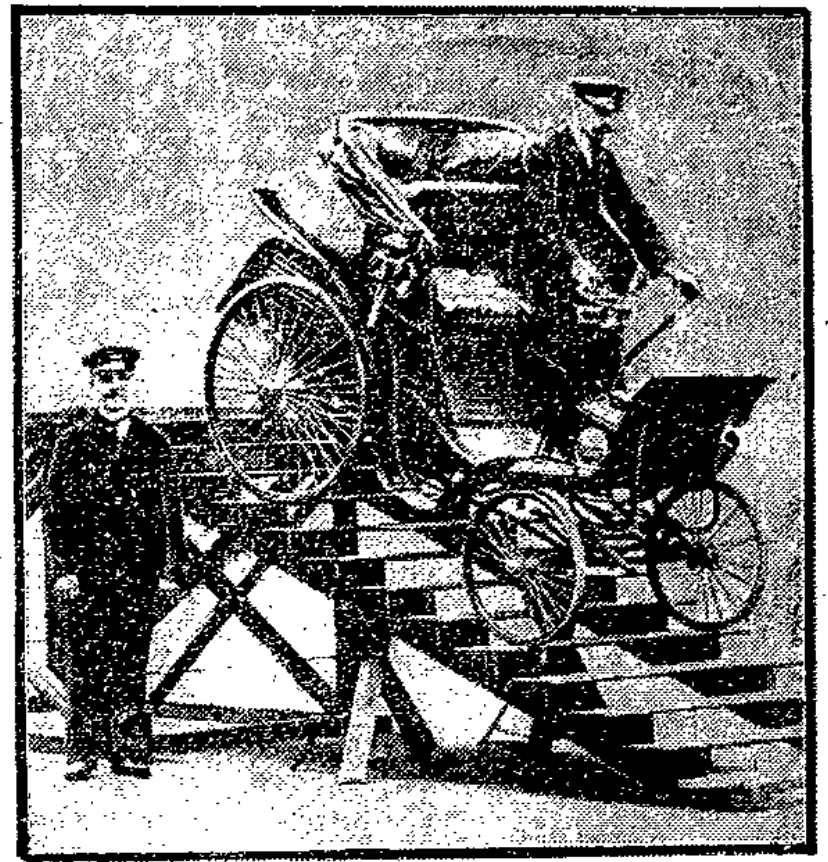
Mietenkürzung — aber wie?

Daß die durch die Notverordnung vom Dezember 1931 verordnete Senkung der Mieten ganz unzureichend war, sehen allmählich auch die Regierungen des Reiches und der Länder ein. Vielerlei Vorschläge sind von allen möglichen Seiten gemacht worden. Man kann natürlich nicht einfach betonen: die Mieten in Neubauten sind um so und so viel Prozent zu senken. Man muß auf der anderen Seite auch gleichzeitig die Ankosten des Vermieters herabsetzen.

So hat man den Vorschlag gemacht, eine Mietenkürzung herbeizuführen durch Streichung der steuerlichen Lasten, d. h. im wesentlichen der Grundvermögenssteuer. Wie wir oben gesehen haben, würde eine derartige Steuerfreibildung aber höchstens eine Senkung von 4 bis 5 Prozent erlauben. In den Ländern, die bisher schon grundsätzlich alle Neubauten von der Grundsteuer freigestellt haben, wie zum Beispiel Sachsen, ist mit diesem Vorschlag überhaupt nichts zu erreichen.

In den preussischen Gemeinden, die eine kommunale Grundsteuer erheben, bedeutet bei den sowieso schon erschütterten Gemeindefinanzen der Ausfall dieser Steuer unter Umständen den Ruin vieler Gemeinden.

Andere Leute haben vorgeschlagen, die für den Wohnungsbau gegebenen öffentlichen Mittel als verloren anzusehen und



Wie man anno Zosack Autos prüfte

Dieses Bild aus dem Jahre 1890 mußt uns heute sehr komisch an: um die Leistungsfähigkeit des Autos zu beweisen, ließ man diesen „modernsten“ Benz-Wagen eine Treppe herunterfahren — in den Kindertagen des Automobils eine unerhörte Leistung!

sie aus dem Grundbuch zu streichen. Auch das würde nicht allzuviel ausmachen, denn diese öffentlichen Mittel werden meistens nur mit 1 Prozent verzinst. Der Vorschlag hätte im übrigen noch zur Folge, daß sich private Bauherren auf Kosten der Allgemeinheit bereichern würden. Es ist ferner der Vorschlag gemacht worden, den in die Miete inkalkulierten Satz für Abschreibung herunterzusetzen. Dieser Abschreibungssatz entspricht aber leider meist der an den Hypothekengläubiger abzuführenden Darlehensstilgung. Er kann also auch nicht willkürlich heruntergesetzt werden.

Nun sehen wir, daß Zins und Tilgung für den Hypothekengläubiger rund 80 Prozent aller Ankosten des Hausbesitzers ausmachen. Will man wirklich die Mieten senken, dann muß man also diesen Posten angreifen. Er ist aber nur anzugreifen, wenn man neuerdings die Zinsen der Hypothekendarlehen heruntersetzt. Wird ohne alle Einschränkungen eine Herabsetzung der Hypothekenzinsen um 2 Prozent verfügt, dann könnte die Neubaumiete je nach Lage des Einzelfalles um 10 bis 20 Prozent gesenkt werden. Dann könnte man die Mietenherabsetzung erreichen, die die Reichsregierung bei Erlass der 4. Notverordnung ursprünglich beabsichtigt hat. Dann könnte die Lage des Neubaugewohners — und des Vermieters tatsächlich etwas gebessert werden.

Also: Die Neubaumieten müssen gesenkt werden. Darüber sind sich alle Kreise einig, auch die Reichsregierung. Mietenkürzung ohne Senkung der Ankosten ist eine Unmöglichkeit. Die Ankosten setzen sich aber zum höchsten Prozentsatz aus Zinsen zusammen. Eine wirklich fühlbare Mietenkürzung ist aber dann nur zu erreichen durch eine Zinssenkung. Wie diese Zinssenkung erreicht wird, ist an sich gleichgültig. Sei es durch eine neue Zinsumwandlung wie bei der 4. Notverordnung, sei es durch Zinszuschüsse des Reiches. Kommen aber muß sie!

Hauptauschuß der Eilernen Front

Am Mittwoch, 19. Oktober, abends 7 Uhr:
Sitzung im Gewerkschaftshaus

Die Arbeiterforderungen der Nazipartei sind ein großer Bluff

Interessante Erfahrungen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes

Der Deutsche Landarbeiter-Verband sagte vor mehreren Wochen jedem Landarbeiter öffentlich eine Belohnung zu, der ihm solche nationalsozialistischen Landwirte namhaft machen kann, die die Landarbeiterforderungen der Nazipartei in ihren Betrieben verwirklicht haben. Ferner erklärte sich der Verband bereit, den Landarbeitern, denen nationalsozialistische Landwirte nicht bekannt sind, auf Wunsch solche, unter anderem auch nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Landwirtschaftskammerpräsidenten, zu nennen. Die Landarbeiterforderungen der Nazipartei sind in der parteiamtlichen nationalsozialistischen Schrift Nr. 17: „Nationalsozialismus und Landwirtschaft“, enthalten. Sie lauten:

Gerechte und kameradschaftliche Behandlung; als Lohn den Ertrag von 12 Morgen gutem Boden, 15 Morgen mittlerem Boden und 19 Morgen leichtem Boden; eine Wohnung, bestehend aus Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer der Eltern, der Kinder, der erwachsenen Kinder oder Hofgänger, Abstellräume, Speisekammer, drei Kellerräume; Hausgarten von zwei Morgen; Baderäume auf dem Gut; Räume für Bildungs- und Schulungszwecke mit Kundfunkrichtung.

Einige Tageszeitungen, unter anderen der „Vorwärts“, gaben ihren Lesern vom dem Schritt des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Kenntnis. Der „Vorwärts“ tat es mit dem Bemerkten, daß sich der Kassierer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wegen der finanziellen Auswirkungen des Schrittes keine Sorgen machen braucht. Die Landarbeiter werden, so meinte der „Vorwärts“ weiter, Mühe haben, nationalsozialistische Landwirte, die die Landarbeiterforderungen ihrer Partei erfüllt haben, ausfindig zu machen.

Die Prophezeiungen des „Vorwärts“ haben sich als richtig erwiesen. Der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-

Verbandes teilt in Nr. 41 des Verbandsorgans „Der Landarbeiter“ mit, daß bei ihm noch nicht eine einzige Meldung eingegangen ist. Von den nächsten Wochen verspricht er sich kein anderes Ergebnis. Er gibt deshalb in der erwähnten Nummer des „Landarbeiter“ weiter bekannt, daß er die Aktion als abgeschlossen betrachte.

Die Erfahrungen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes bestätigen die Richtigkeit der Meinung, die hier schon wiederholt über die Arbeiterforderungen der Nazipartei kundgetan wurde. Die Nazis nehmen ihre Arbeiterforderungen selbst nicht ernst. Mithin bleibt nur eine Erklärung über den Zweck der Forderungen übrig: die Arbeiter sollen mit ihnen gebendet und für die Nazibewegung eingefangen werden.

Arbeiter! Erkennt das schändliche Spiel, das die Nazis mit euch treiben, und helfe mit, dieser Bewegung den Garaus zu machen.

Kurse der Volkshochschule für jugendliche Erwerbslose

Auch in diesem Winter werden seitens der Volkshochschule für jugendliche Erwerbslose kostenlos Kurse im Haus der Jugend veranstaltet. Anmeldungen im Haus der Jugend, Zimmer 7, vormittags von 8 bis 11 Uhr. — Deutsch (Diplomhandelslehrer Fahl) Montags und Mittwochs von 11 bis 1 Uhr. Rechnen (Diplomhandelslehrer Jürgens) Donnerstags und Sonnabends von 11 bis 1 Uhr. Staatsbürgerkunde „Jugend im Staat“ (Ingenieur Zeller) Montags und Mittwochs von 11 bis 1 Uhr. Menschenkunde (Seimleiter Schermer) Mittwochs von 11 bis 1 Uhr und Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Die Partei in Moisting

Am Sonnabend fand die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Mit den von den Parteigenossen eingeführten Gästen nahmen 3—400 Personen daran teil. Als Redner des Abends sprach Genosse W. A. F. F. über seine Reiseindrücke im belgisch-französischen Weltkriegsgebiet und seine Erlebnisse im belgischen Wahlkampf, der unserer Bruderpartei am 9. Oktober so glänzende Wahlerfolge brachte. Der durch Lichtbilder ergänzte antimilitaristische und kriegsgegnerisch wirkende Vortrag fand eine aufmerksame Zuhörerschaft. Anschließend berichtete Gen. F. J. über das für die Reichstags- und Bürgerchaftswahl geplante. Vor jeder Wahl wird eine große Wählerversammlung einberufen. In Verbindung mit einer dieser Versammlungen wird voraussichtlich eine Massendemonstration mit Fackelzug veranstaltet werden.

Rund um den Erdball

Sie sind einander würdig

Betrüger Nazi-Daubmann

Er schwor natürlich auf Hitler / Der Domela von Emdingen

Die nationalistische Presse schäumt vor Entrüstung über den falschen Oscar Daubmann, obgleich es grade die Blätter der Herren Hitler und Eugenberger waren, die den Riesenwindel vom „letzten Kriegsgefangenen“ ermöglicht haben. Die Eugenbergerpresse hatte Tag für Tag die Heimkehr des Nationalhelden geschildert und das Buch mit dem entsetzlichen Schicksal des Gemarterten liegt bereits gedruckt in einem Berliner Verlag, wo es zurzeit eingestampft wird.

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ von Freiburg veröffentlicht über den nationalistischen Daubmannrummel zahlreiche, bisher nicht bekannte Einzelheiten. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre der Schwindler auch von Hindenburg als Gast empfangen worden. Der Ergauner Hummel war bereits von früheren Offizieren einstudiert, wie er seinen Vortrag über Gefangenschaft und Flucht zu halten habe. Der Empfang bei Hindenburg unterblieb, weil „eine Persönlichkeit aus Freiburg“ das Büro des Reichspräsidenten gewarnt hatte. Wenn diese prominente Persönlichkeit „bereits seit längerer Zeit“ Verdacht gegen „Daubmann“ hatte, warum hat sie nicht ebenso rechtzeitig die Öffentlichkeit gewarnt? Sollten die deutschen Nationalisten in ihrer Sechskampagne nicht gestört werden?

Dieser falsche Daubmann ist zuguterletzt nicht von dem Schneider Hummel gemacht, sondern von der nationalistischen Presse und dem nationalistischen Terror, der vor allem in Baden jeden als Vaterlandsverräter und vom Ausland ausgehaltenen Schurken bezeichnete, der auch nur Zweifel hegte, wie sehr viele Bewohner von Emdingen, die jedoch vom Terror niedergehalten wurden. Vier Wochen vor seiner „Heimkehr“ war „Daubmann“ noch als Schneider Hummel bei seinen Verwandten in Emdingen, und das erklärt auch, warum er bei seinem Vortrag im größten Saal von Emdingen unter keinen Umständen aufs Podium ging, sondern nur von seinem Platz aus sprach. Für diese Vorträge hat Hummel viel Geld bekommen.

A. a. bezahlte ihm ein Kriegerverein in Baden 500 Mark für den Abend.

Aus einem Vortrag in Säckingen berichtet die Freiburger „Volkswacht“: „Sonntag abend kamen Kinder vom Vortrage Daubmanns nach Hause und berichteten, der Daubmann sei aber eine große Sau, er habe in seinem Vortrag vor den vielen hun-

dert Leuten in den ordinärsten Ausdrücken gesprochen und sich Ausführungen über das Kulturvolk der Franzosen erlaubt, die auf dem Lande nicht üblich sind. Man hat ihn nachher doch gehört. Nun ist der Schwindel aufgedeckt. Eine kitzliche Frage wollen wir stellen:

Wird der Daubmann aus der Nazi-Partei nun ausgeschlossen? Er hat sich hier nämlich als Nazi vorgestellt!

Dass Daubmann in den Versammlungen es liebte, in ordinärsten Ausdrücken sich zu ergehen, wird uns auch von vielen anderen Stellen bestätigt, aber was sieht man einem so großen nationalen Manne nicht alles nach, wenn er so furchtbare Leiden in französischer Gefangenschaft hat auslösen müssen. Offenbar wollte „Daubmann“ mit den ordinären Redensarten die Zuhörer foppen, die nicht merkten, was für einen lieberlichen Kerl sie vor sich hatten.“

Um ihren Anteil an Hummel und dem von ihnen mitangelegten nationalistischen Schwindel zu verdecken, hatten die Nazis die bei den Hitlerleuten übliche Unverschämtheit, eine Anfrage im badischen Landtag einzubringen.

Dieselben Nazis, als deren Angehöriger sich der Schwindler Hummel mit vollem Recht bezeichnen könnte, diese Nutznießer des falschen Daubmann wagen es jetzt, die badische Landesregierung drohend zu fragen, was sie im Fall Daubmann getan hätte?

Wir wissen es nicht, aber was wir wissen, das ist, daß das Berliner Naziblatt gleich Herrn Hitler gegenüber Frankreich erklärt hat: „Oscar Daubmann, Dir sind in uns die Rächer entstanden, die den sabotischen Franzosen heimzahlen werden, was sie an Dir begangen haben!“

Hummel und Hitler, sie sind einander würdig. Dieser Hummel ist genau so viel Oscar Daubmann, wie der Oberosaf ein Sozialist ist. Der Schneider Hummel hat ein paar arme Eltern und die Dummen betrogen. Hitler und seine Partei wollen ein ganzes Volk von 65 Millionen Menschen beschwindeln. Auch dieser Betrug wird auf die Dauer so wenig gelingen, wie der des Schneiders Hummel!



Ein Denkmal für den Nordpolforscher Peary

der sich besonders um die Erforschung Grönlands verdient gemacht hat, wurde in Cape York auf Grönland errichtet. Das Denkmal ist etwa zwanzig Meter hoch und trägt ganz oben in riesigen Ausmaßen die Anfangsbuchstaben des Namens des kühnen Forschers.

Wütender sticht 5 Menschen nieder

In Letmathe bei Herbolzheim stach ein 26jähriger Friseur nach einem Wortwechsel mit seinem Vater fünf Personen nieder. Zunächst wurde der Vater niedergestochen, dann eine Ehefrau und deren Nefte, die die Streitenden trennen wollten. Schließlich ging der Friseur gegen zwei harmlose Straßenpassanten vor, von denen er einen so verletzte, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Friseur ergriff die Flucht, stellte sich jedoch am Sonnabend der Polizei.

Liebestragödie bei Bochum

Bochum, 17. Oktober (Radio)

In dem Dorort Weitmar ereignete sich am Sonnabend in den späten Abendstunden eine blutige Tragödie. Ein etwas angetrunkenen Mann geriet mit seiner Frau, die er nach Hause brachte, vor deren Wohnung in Streit und Schlag. Ihre Brüder mischten sich ein. Es gab eine Rauferei, die jedoch getrennt wurde. Eine Viertelstunde später erschien der Angetrunkene wieder, gab auf einen der Brüder, die ihn vor der Wohnung erwarteten, drei Schüsse ab, die ihn leicht verletzten. Dann drang er in die Küche ein, schoss dem Mädchen eine tödlich wirkende Kugel in den Kopf und tötete sich schließlich selbst.

Kurze Meldungen

Die Todespyramide. Der amerikanische Bergsteiger Herron ist von der großen Gizen-Pyramide bei Kairo abgestürzt; er verunglückte tödlich. Herron hatte als Mitglied der deutsch-amerikanischen Himalaya-Expedition deren vor dem Ziel abgebrochene Nanga-Parbat-Besteigung mitgemacht. Er war auf der Rückreise; in Kairo wollte er sich nur einen Tag aufhalten.

Anfall Eulenberg. Der Schriftsteller Herbert Eulenberg wurde in Düsseldorf von einem Auto überfahren und schwer verletzt.

Erung. Der Schriftsteller und Bibliophile Fedor von Zobeltitz, der kürzlich seinen 75. Geburtstag feierte, erhielt vom Reichspräsidenten die Goethe-Medaille verliehen.

Matuschka. Der Revisionsantrag des vom Wiener Schwurgericht zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilten Eisenbahnattentäters Silvester Matuschka ist vom obersten österreichischen Gerichtshof verworfen worden.

Tempo. In der einschlägigen Fachpresse wird ein Film „Der Schneider von Emdingen“ angekündigt.

Betrunkene Augen. . . Vom Gericht in Boston wurde eine Ehe 24 Stunden nach der Hochzeit geschieden; die Ehefrau entdeckte auf der Brust ihres Mannes das eintätowierte Bild einer fremden Frau, darunter zwei pfeildurchkreuzte Herzen. Das Gericht erklärte, daß der Ehefrau nicht zugemutet werden könne, ständig das Bild einer „Vorgängerin“ vor Augen zu haben.

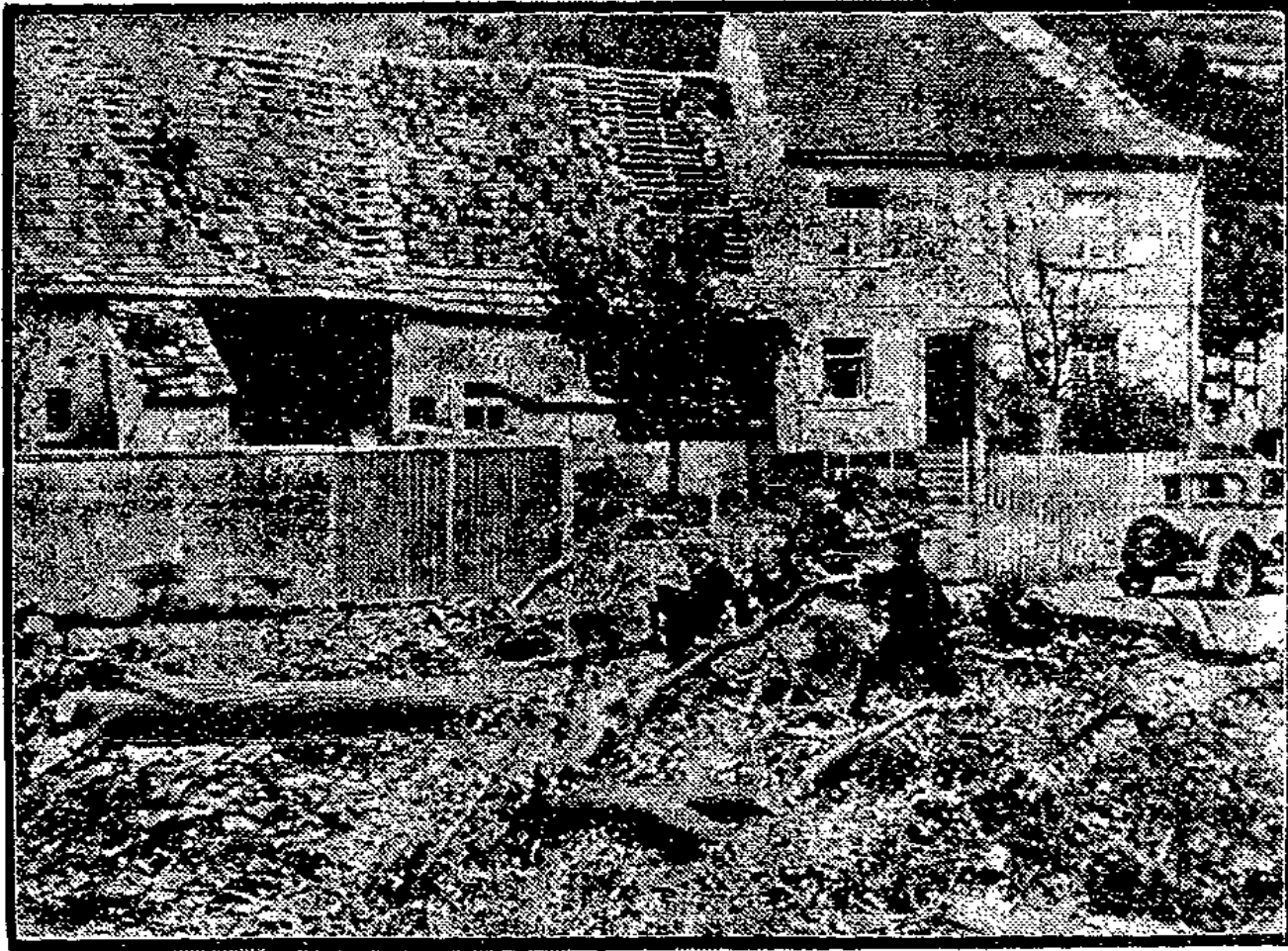
Verbrannte Perlen. Vor der Handelskammer in Kobe wurden im Auftrag der japanischen Perlenzüchter 720 000 Perlen verbrannt. Auf diese Weise will man den Perlenpreis „verbessern“.

Gewerkschaften

Streik in den Wurfmaschinenfabriken Elmshorn

Durch Schiedspruch sollte der Lohn im Oktober wiederum um 3 Pfennig abgebaut werden. Die Arbeiterinnenlöhne sollten nur noch 65 Prozent vom Hilfsarbeiterlohn, bisher vom Gesellenlohn, betragen. Im September war ein Lohnabbau von 5 Pfennig schon erfolgt. Der Schiedspruch wurde abgelehnt. Die Arbeitgeber zahlten am Sonnabend den herabgesetzten Lohn aus, was den Lamut der Beschäftigten noch steigerte und zur Arbeits-einstellung führte.

Die Wurfmaschinenfabriken werden versuchen, von auswärts arbeitswillige Gesellen heranzuziehen. Zugang nach Elmshorn ist unbedingt fernzubehalten.



Wirbelsturm an der Bergstraße

Das Dorf Lautenbach bei Weinheim an der Bergstraße ist, wie berichtet, von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht worden, der etwa 150 Häuser abdeckte und Hunderte von Obstbäumen entwurzelte. Unser Bild aus dem heimgesuchten Ort gibt einen Begriff von der Größe der Katastrophe.

Anwetter in Mexiko

Newyork, 17. Oktober (Radio)

In den Küstengebieten Mexikos richteten heftige Anwetter großen Schaden an. Zahlreiche kleinere Ortschaften wurden vollständig zerstört. In St. Christophal (Las Casas) sind nach einem drei Tage dauernden Regen 1000 Häuser eingestürzt. Tausende Bewohner sind obdachlos. In den betroffenen Gegenden herrscht großes Elend.

Leichengräber in Finnland

Das Gericht in Helsingfors verurteilte mehrere Mitglieder einer heidnischen Bauernsekte, die unter Beschuldigungsformeln aus den Gräbern finnischer Kirchhöfe Leichen ausgegraben hatten, zu größeren Gefängnisstrafen. Als vor längerer Zeit bei einer Waldquelle in der Nähe von Helsingfors zahllose Leichenteile gefunden wurden, glaubte man einem grausigen Massenmord auf die Spur gekommen zu sein. Die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit hat nun zu einem anderen Ergebnis geführt: die jetzt verurteilten Mitglieder jener heidnischen Bauernsekte hatten Leichenteile „geraubt“ und gesammelt, um sie zu Heilbeschwerden, Zaubereien und Schatzgräberarbeiten zu verwenden.

Wieder Autodiebe!

In Dejjau wurden zwei Mitglieder einer Autoräuberbande in dem Augenblick festgenommen, als sie einen Luxuswagen verkaufen wollten. Der Wagen war kurz zuvor in Berlin gestohlen worden. Bei der Durchsuchung der Berliner Wohnung der Gauner fanden die Beamten der Kriminalpolizei eine Menge Automaterial, das zum Umbau und zur Unkenntlichmachung gestohlener Wagen dienen sollte. Es besteht kein Zweifel, daß die Festgenommenen noch zahlreiche andere Autodiebstähle verübt haben.

Den Freund ermordet

In Jättersdorf (Neumark) hat der 17jährige Landwirtssohn Schönig seinen 20jährigen Freund Richard Schulz, gleichfalls Sohn eines Bauern, in einem Anfall von furchtlichem Jähzorn mit einer Wagenwinde erschlagen. Auch die Schwester Schulz, die ihrem Bruder heizustehen versuchte, wurde von Schönig schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet worden.

Verheerungen einer Windhose

Das nordbadische Dorf Lautenbach bei Heidelberg wurde von einer schweren Windhose, die den Ort in etwa 200 bis 300 Meter Breite mit Schnellzugstempo durchraute, heimgesucht. 150 Häuser, Scheunen und Schuppen wurden abgedeckt; zahllose Obstbäume sind entwurzelt worden; außerdem entstand anderer beträchtlicher Sachschaden.

Nachspiel einer Darsfahrt

Das Gericht in Göttingen verurteilte den aus Berlin stammenden Kraftwagenführer Alfred Rugler wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Rugler hatte einen bei einer Darsfahrt verunglückten Ausflugssommerbus gesteuert. Die Katastrophe trug sich am ersten Pfingstfeiertag dieses Jahres zu; 7 Personen waren tödlich verunglückt, 23 hatten Verletzungen erlitten.

Bluttat im Walde

In einem Walde in der Nähe von Miwa (Polen) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Dorfbewohnern und zwei Polizisten. Die Dorfbewohner wollten einen Förster, den sie der Erschießung eines heim Holzdiebstahl erkappten Bauern bezichtigten, lynchen. Die Polizisten, die zum Schutze des Försters herbeigeeilt waren, schossen in die Menge; zwei Personen wurden getötet; eine Person erlitt schwere Verletzungen.

SPD. Schleswig-Holstein

Bezirksparteitag in Neumünster

Kandidatenbenennung zum Reichstag / Rede des Gen. Breitscheid

Der Kampf beginnt

Neumünster, 16. Oktober

Heute früh trat im Eivoli der außerordentliche Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein und die Provinz Lübeck zusammen, um die Kandidatenfrage zu regeln und die Wahlarbeit zu besprechen. Die Ortsgruppe Neumünster hatte den Verhandlungssaal sehr sinnig ausgeschmückt, der Gewerkschaftschorverein erfreute durch Kampflieder und das Reichsbanner bewies durch stottern Aufmarsch, daß es ein strammes Glied in der Kette der Eisernen Front ist.

Zur Aufstellung der Reichstagskandidaten gab Genosse Willy Werdieck näheren Aufschluß, wobei er die Stellung des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission präziserte. Die von über 100 Delegierten besuchte Konferenz hieß den Vorschlag der Instanzen für gut und stellte folgende Liste auf:

1. Luise Schröder, Altona
2. Otto Eggerstedt, Kiel
3. Mag Richter, Neumünster
4. Luis Biester, Holsbüttel
5. Paul Loecke, Berlin
6. Richard Hansen, Kiel
7. Paul Döh, Tönning
8. Walter Lampe, Altona
9. Hugo Denkmann, Lägerdorf
10. Heinrich Fick, Stodelsdorf
11. Wilhelm Schweizer, Kiel
12. Ernst Pusch, Rendsburg
13. Emma Donway, Kiel
14. Mag Brauer, Altona.

Am Nachmittag wurde eine allen Parteigenossen zugängliche Sitzung abgehalten, in der

Genosse Dr. Breitscheid, Berlin

eine mit vielem Beifall ausgezeichnete Rede hielt. Er kennzeichnete darin die politische Situation in Deutschland, die — so führte er u. a. aus, erst seit der Regierung von Papen in eine revolutionäre Epoche eingetreten ist. Jetzt gilt es für die Arbeiterschaft nicht nur zu verteidigen, sondern zu erobern, was ihr beim militärischen Zusammenbruch zugefallen ist. Die Reaktion ist drauf und dran, alle erworbenen Rechte zu rauben und Klassen in überwundene Zustände zurückzuführen. Von Papen sprach in München davon, daß das Reich in alter Herrlichkeit wiedererstehen soll, d. h. also:

Agrarstaat, Monarchie, Militarismus, unbeschränkte Herrschaft des Kapitalismus, kurzum: schlimmste Reaktion.

Nimmt man zu Papens neuen Plänen dazu, was die Regierung an reaktionären Maßnahmen bereits durchgeführt hat, dann rundet sich das Bild der deutschen Politik. Die Gespenster der Vergangenheit werden machgerüttelt, damit des alten Reiches Herrlichkeit wieder hergestellt werden kann. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir bei den Vorgängen in Preußen keine Gewalt angewendet haben. Wer aber die Machtverhältnisse kennt, wird sagen müssen, daß Gewaltanwendung zwecklos und ein Verbrechen an der Arbeiterschaft gewesen wäre. Die Entscheidung fiel nicht am 20. Juli, sondern am 24. April bei der Neuwahl des preussischen Landtags, die die Demokratie in schwerste Gefahr brachte. Wir sollten den Bürgerkrieg provozieren, damit die Hitlertruppen eingeseßt werden konnten.

Der Redner streifte weiter die bekannten Vorgänge im Reichstag und das Vorgehen der Nazi mit der Regierung, die blöde Haltung der Kommunisten bei den Volksbegehren und kam dann erneut auf die Münchener Rede von Papens zurück,

die dem Volke ein Herren-Oberhaus, den Ländern und Gemeinden Klassenwahlrechte verspricht.

Von der Monarchie ist zwar noch nicht ausdrücklich die Rede, aber die um Papen erklären jedem, der es hören will, sie seien Monarchisten. Sie halten den Augenblick für die Einführung der Monarchie nur noch nicht für gekommen, der Thronanwärter aber ist vorhanden. Leider hat sich der Gedanke für das Wesen der demokratischen Staatsform, die das Fundament für unsern Kampf bildet, noch nicht stark genug gefestigt. Wir müssen mehr Wucht und Entschiedenheit an den Tag legen, um unsere Freiheitsrechte zu erhalten. Das Parlament ist die Voraussetzung dafür. Kommunisten und Nazi sind dessen Kasterer, die Wühlmäuse an den Wurzeln der Weimarer Verfassung.

Wenn heute die Nazi gegen Papen wettern, dann muß ihnen gesagt werden, daß sie ihn als Stallmehle in den Sattel gehoben haben und jetzt als betrogenen Betrüger heulen.

In ihrem Kasenjammern wollen sie nun gar noch den Arbeitern glauben machen, sie vertreten deren Rechte. Das Seucheln der Nazi kann aber nicht ewig dauern, ihre der Arbeiterschaft angehörenden Anhänger werden mit der Zeit einsehen, daß die Demokratie doch eine Tugend ist und ihnen davonlaufen.

Und die Kommunisten? Sie jammern heute über verlorene Rechte und sind doch selbst mit Schuld daran, daß der Parlamentarismus ruiniert ist. Aber diese ihre eigene Schuld wollen sie jetzt auf uns abwälzen.

Genosse Dr. Breitscheid streifte kurz die Rüstungspolitik, die die Sozialdemokratie stets nach der Abrüstungsfeier hin aufgesagt hat, weil Aufrüstung automatisch zu neuen bewaffneten Konflikten führt. Wir sind staatsbejahend, aber wir wollen einen Staat schaffen, in dem die Arbeiterklasse auch leben kann. Wir sind auch national, weil es nichts Nationaleres geben kann als Kriegsgefahren zu bannen und den Frieden zu erhalten.

Natürlich soll Demokratie und Sozialismus auch an der Wirtschaftsmisere Schuld sein, nicht der

Kapitalismus, der trotz Milliardenbesitzen vom Reich nichts zu schaffen imstande ist.

Genau so steht es mit den agrarpolitischen Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit vermehren und deren Elendserscheinungen, die die Barone mit sogenannter christlicher Nächstenliebe an Stelle sozialen Rechtsanspruches heben wollen. Kein Nationalsozialist tritt dagegen auf. Auf allen Gebieten finden wir Verfechter der schlimmsten Reaktion. Wir müssen unsere Aktion, die Abwehr und den Angriff ihrem Volksrecht zerstörenden Willen entgegenstellen.

Wir sind Schildkinder und Aufbauer einer neuen Welt,

wir wollen der Menschheit und vor allem der Jugend das Gefühl von Würde und Freiheit geben: Deshalb hinein in den Kampf, gestritten für den Sozialismus, dessen Notwendigkeiten und Möglichkeiten; nicht nur im Parlament, sondern auch in Fabrik und Werkstatt. Die Stunde des Kapitalismus hat geschlagen, seine Karte schießt nicht mehr. Es ist ausgeschlossen, mit den Nazis für den Sozialismus zu streiten, wohl aber mit den Millionen von Proletariern, die heute noch hinter dem Hakenkreuz herlaufen.

Nach einem Mahnwort an die Jugend, ihr Bestes einzusetzen für den Befreiungskampf des arbeitenden Volkes, schloß der Redner mit einem Appell an den Siegesglauben der nach Befreiung strebenden sozialistischen Arbeiterschaft.

*

Der Bezirksparteitag nahm nach dem Referat des Genossen Breitscheid eine längere Resolution an, die als Appell an die Wählerschaft veröffentlicht wird. Nach dieser Rundgebung wurde die geschlossene Tagung weitergeführt.

Ratzeburger Land Bäk

Am Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, im Lokal von Hundt

Eiserne-Front-Kundgebung zur Reichstagswahl

Redner: Johs. Blanke

Eintritt frei!

Erscheint in Massen!

Parteiabend in Eutin

Den Alten zur Ehr' — den Jungen zur Lehr'

st Eutin, 15. Oktober

Zu einer machtvollen Kundgebung für den Sozialismus gestaltete sich die am Sonnabend abend abgehaltene Jubilarehrung unserer alten Parteigenossen in den mit Blumen und unsern Kampfsymbolen ausgeschmückten Räumen des Gasthofs „Stadt Kiel“. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Bensele und nach einem Vortrags des Gen. Leiboldt hielt Gen. Langebeck (Kiel) die Festansprache. Seine Worte waren ein Dank an die alten Pioniere der Arbeiterbewegung und ein Mahnruf an die Jungen in unsern Reihen. Heute, nach 40 Jahren, sehen wir mit Stolz zurück auf die Arbeit unserer alten Kämpen. Wenn auch heute wieder so mancher Freiheitskämpfer hinter Kerkermauern schmachten muß, weil sie sich gegen die tobenden Faschisten zur Wehr setzten, so mußte auch damals mancher unserer alten Genossen für die Idee des Sozialismus ins Zuchthaus und ins Gefängnis wandern. Trotz aller Schikanen der Reaktion wird die Arbeiterschaft weiterkämpfen, bis der Tag der Freiheit anbricht. Lassaile hat uns den Weg gezeigt, und noch heute halten wir an dem Ziel unserer alten Vorkämpfer fest. Ostholstein und der heutige Landesteil Lübeck, besonders aber der Name Eutin, spielt in der Parteigeschichte eine wichtige Rolle. Wir danken heute abend unseren alten Veteranen nur mit einigen schlichten Worten, wir wissen, daß sie als alte Sozialisten nicht auf einen besonderen Dank warten, sondern daß sie ihre Arbeit für den Sozialismus als ein Stück ihres Lebenswertes betrachten und fortsetzen werden. Genosse Langebeck überreichte den Jubilaren Julius Müller, Wilh. Muus, E. Dunder und Johs. Rebenstorf eine Urkunde als Dank für ihre geleistete Arbeit. Genosse Wilh. Muus aus Fissau konnte leider wegen zu hohen Alters und körperlicher Gebrechlichkeit nicht mehr an der Feier teilnehmen, aber auch er wird an diesem Abend mit seinen Gedanken bei uns gewesen sein. Die Festversammlung erhob sich von den Plätzen und unser altes Kampflied „Auf Sozialisten“ wurde gesungen. Neben musikalischen Darbietungen der Kapelle Muckert brachte eine Abteilung des Turnvereins „Eichenkranz“ in einem Sprechchor die „Roten Rebellen“ zu Gehör, dem sich noch einige Rezitationen des Gen. Leiboldt anschlossen. Namens der Jubilare dankte Gen. Johs. Rebenstorf zunächst für die Ehrung, um dann noch einige Ausführungen über seine Erlebnisse in seinen jungen Jahren zu machen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es nicht bei den 40 Jahren bleiben möge, sondern daß die 50 Jahre voll würden. Immer werden sie, die alten Veteranen, zur Stelle sein, soweit sie noch körperlich dazu in der Lage wären. Mit dem gemeinsamen Lied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ und dem Freiheitsruf war die erhabene Feier beendet. Möge die Jugend unserer Alten nachsehen, damit der Tag der Freiheit recht bald erreicht wird. Wir kennen kein Ermüden, sondern Vorwärts heißt unsere Lösung, allen Schikanen des heutigen Systems zum Trotz.

Gronenberg. Hohes Alter. Von den Einwohnern unseres kleinen Ortes haben sechs ein Alter von 70 bis 80 Jahren erreicht. Die älteste Einwohnerin ist die Witwe und Sozialrentnerin Frau Frense, die am Dienstag, dem 18. Oktober, ihren 80. Geburtstag begeht. Wenn auch körperlich nicht ganz rüstig mehr, so ist Frau Frense geistig noch sehr frisch. Wir wünschen ihr einen ungetrübbten Lebensabend.

Briefkasten

E. R. 1. Alle „Reichsmark“-Scheine sind gültig, auch Rentenmark-Scheine haben noch Gültigkeit.

Bremer Bürgerschaft gegen Papen-Autarkie

Einheitsfront gegen den „krassen Wirtschaftsdilettantismus“ der Reichsregierung / SPD-Antrag gegen soziale Reaktion angenommen

H Bremen, 15. Oktober

Länger als ein Vierteljahr hat die Bremer Bürgerschaft nicht mehr getagt. Ihre erste Sitzung nach diesen langen Ferien zeichnete sich durch sachliche Arbeit und einiges Niveau aus. Die wilden Männer vom Hakenkreuz und vom Sowjetstern sind überraschend manierlich geworden und scheinen es allmählich gelernt zu haben, sich den Gesetzen des Parlamentarismus zu fügen.

Eine eindrucksvolle Rundgebung gegen den wirtschaftspolitischen Fehlleistungs der Reichsregierung ergab sich bei der Behandlung eines volksparteilichen Antrages, der den Senat erjucht, „bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß nicht durch Kontingentierung der Einfuhr die Ausführfähigkeit Deutschlands geschwächt, damit die Kaufkraft der Bevölkerung herabgesetzt und so auch der Binnenmarkt geschädigt wird.“ Obwohl der Volksparteiler Ulrich als Antragsteller erklärte, der Antrag solle „kein Vorstoß gegen die Reichsregierung“ sein, mußten sich selbst die Rechtsparteien all derjenigen Argumente gegen die agrarierfreundliche Baronsregierung bedienen, die der Bevölkerung von der Sozialdemokratie seit Monaten eingehämmert werden und die sich immer mehr alle politisch klaren Köpfe erobern. Für die sehr weit rechts stehende bremische Volkspartei bedeutet es sehr viel, wenn ihr Sprecher erklärte: „Die Kontingentierungspolitik Papens ist ein schwerer Mißgriff und „Was die Regierung treibt, ist krasser Wirtschaftsdilettantismus“. Die Sprecher der Volkspartei, Sozialdemokratie und Staatspartei hoben übereinstimmend hervor, daß durch Einfuhrdrosselung weder den deutschen Landwirten, noch unserer Gesamtwirtschaft geholfen wird, daß aber die Industrie und vor allem der Handel aufs empfindlichste getroffen werden.

Geradezu verheerend seien die Auswirkungen der Kontingentierung für die deutschen Hansestädte.

Auch die rechtsbürgerlichen Redner betonten, daß die Papen-Autarkie den Plan der „Wirtschaftsanurbelung“ direkt lahmlege. Gespannt war man auf die Stellungnahme der Deutschen Nationalen, die bekanntlich als Großagrariertypen die Kontingentierung gefordert hatten, und der Nazi als den geistigen Nährvätern der gemeindefährlichen Autarkieparole. Aber siehe

da — die Sarzbürger Front rückt weit ab von den Parolen ihrer Parteizentralen. Der Hugenbergianer Bagts besaß die Frechheit, zu behaupten, die Deutschnationalen hätten die Kontingentierungspolitik nicht verlangt und sie hätten gar keine Ursache, sich „irgendwie für Papen ins Zeug zu legen“. Schallendes Gelächter, als

der Schwarzweißrote dem Anti-Autarkie-Antrag vorbehaltlos zustimmte.

Die Nazis saßen erst recht in der Klemme. Ihr Fraktionsführer Bernhard qualte sich das Geständnis ab, daß die Hitlerpartei für „verständige Regelung der Einfuhr und Ausfuhr“ sei, aber die Papensche Kontingentierung „hätte niemals kommen dürfen“. Dann wünschten die Nazi den Antrag dahin abgeändert, daß sich die Bürgerschaft nur „gegen falsche Kontingentierung“ ausspreche. Auf die Frage, wer denn entscheiden solle, was falsch oder was richtig sei, antwortete der Hakenkreuzler: „Die Reichsregierung“. Also Herr Papen! Mit hochroten Köpfen stimmten die Nazis, als ihr lächerlicher Änderungsantrag abgelehnt war, für den ursprünglichen Antrag. — Daß die Kommunisten „aus antikapitalistischen Gründen“ gegen den Protest (und damit in der Sache für Papen) stimmten, bedarf kaum noch der Erwähnung.

Nach einer sehr wirkungsvollen Rede des Gen. Oskar Schulze über den sozialreaktionären, arbeitnehmerfeindlichen Kurs des Reichskabinetts

nahm die Bürgerschaft zwei SPD-Anträge an, die darin gipfelten: Der Senat solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die berüchtigten „sozialpolitischen Maßnahmen“ in der Notverordnung der Reichsregierung sowie die Verordnung „zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ umgehend aufgehoben werden. Ein anderer SPD-Antrag verpflichtete den Senat, Arbeiter nur an solche Unternehmer zu vergeben, die tarifmäßige Löhne bezahlten.

Mehrere Anträge, die auf Erleichterungen in der Mietzinssteuer-Verordnung und auf staatliche Beihilfen für Instandsetzungsarbeiten an Häusern abzielten, wurden mit wechselnden Mehrheiten angenommen.

Der Rote Eulenspiegel

Hummel-Hummel!

Der falsche Daubmann war ein gefrierter
Seld der Rechten!
Mit Ehrensporen, Bällerschüssen
Begrüßten sie den Schwindler Hummel,
Sagt wird man korrigieren müssen,
Am besten paßt der Name Schummel.

Er schrieb in Hugenbergs Gazetten
Und gab sich stramm und patriotisch,
Er rasselte mit fremden Ketten,
Und seht — die Wirkung war narrotisch!

So ehrten sie ihn vorn und hinten,
Aus schwarz-weiß-rote Herz genommen,
Ist er, als Meister übler Finten,
An ihren Geldsack rangetommen!

Jetzt zwinkt und zwackt sie die Blamage.
Ihr ganzes Weltbild ist verbogen —
Sie zahlten ihm die höchste Gage
Dafür, daß er sie aufgezogen!
Rurt Kaiser Blüth.



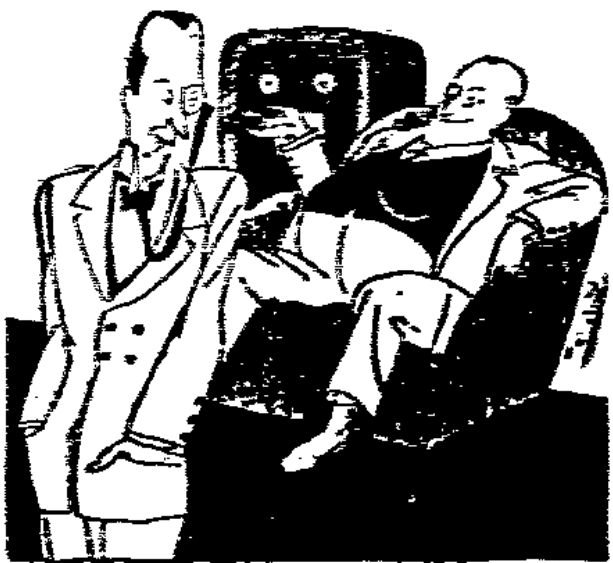
Eulalia, die Kaffeemaschine

Oktoberfest

Schön sind des Abends die elektrischen Girlanden
der Karussells, der Achterbahnen und Schauluden.
Wo die Orgeln durcheinanderdröhnen und die Schlagler zerfetzt
ineinanderstranden.
Und die Bürger in Bierhallen ihre geeigneten Maß saufen,
Bachhandl, Würste und Schweinefleisch freffen.
Und die lieben kleinen Mädchen mit den sehnsüchtig strahlenden
Augen.
Und die abenteuerlich durch die grölende Menge schwebenden
Luden.
Jeder hat ein paar Mark gespart oder gestohlen, um sich ein biß-
chen Freud zu kaufen.
Jeder der Zaglosen fühlt sich des Zwanges ledig, erwacht und
sucht im überströmenden Kanische aller Vergessen
Arms in Arm fallen sie brüllend aus den Karussells in die rasenden
Achterbahnen,
schreiend, toteselnd, in Luft entseffelt, mastenlos.
Lebet den Selten wehen Staub, Dunst und Gestank: des Festes
Fahnen.
Des Roudes silberne Sichel, unscheinbar und ohne Glanz, ver-
birgt sich in jahler Wolken Schopf.
Da aber geht einstar, umspült von des Kanisches Wellen.
Ein tranknes Mädchen greift dir mit schnellen
Händen ins Haar und jagt: du . . .
Ein Vicker brüllt dich an: Nach sei net a gar so langweiliges
Spicht!
Du seht nach Hause, müde und ohne Ruh
und schreibst, wie sollt es anders sein, bei der letzten Zigarette ein
Gebicht.

Eine vollstündliche Vergeltungsmaßnahme.

Was das Gericht unter einer Ohrfeige versteht
Vor dem Arbeitsgericht in Frankfurt am Main
spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, in dem es sich um eine
Ohrfeige drehte, von der nicht recht festzustellen war, was sie
aus eigentlich bedentete hatte. Der Richter saß sich da-
her veranlaßt, in seinem Urteil auseinanderzusetzen:
„Die Ohrfeige ist seit Jahrhunderten eine vollstün-
dige Vergeltungsmaßnahme die, gegeben zur rechten
Zeit, am rechten Fleck, mit gerechtem Maß, zum rechten
Zweck, in ihrer erzieherischen Wirkung unerreicht ist und
weder durch mildweife Mahnungen noch durch brutalis-
che Ehrenstrafen im Einzelfall ersetzbar ist.“



Gentlemen

Den Papagen hätten wir nun frei, die Millionen sind wir
los. Nun aber dacht heraus mit den Steuergeldern und her-
sacht mit den Wägen, wie sollen wir los werden?

Padan

Eine Oktoberfestgeschichte von Fix

Der Bergmoser in München hat einen prachtvollen, rau-
haarigen schottischen Windhund gehabt. Dem hat er den Namen
„Padan“ gegeben, weil der ganz allein, ohne Jäger, einen Hasen,
ja, sogar einen Fuchs fangen konnte. Er hat gar hohe Läufe ge-
habt und ist deswegen auch gekauft wie ein geölter Blut, wenn er
hinter einem Hasen her war. Aber wie der Bergmoser das letzte
Mal auf dem Oktoberfest war, zu dem er natürlich seinen Padan
mitgenommen hat — ohne ihn ist er keinen Schritt aus dem
Haus gegangen — da ist er halt doch zu lang in der Bräurost
g'essen, weil halt das Bier gar so viel gut war, und das Ende
vom Lieb ist gewesen, daß der Bergmoser auf d' Nacht ohne
seinen Padan heimgekommen ist.

Am andern Morgen hat er erst gemerkt, was passiert ist.
„O, Herrgott-Geitn, no amal! Krutzig, Krutzig!“ — so hat er
in einem Trumm hin gestucht. Aber davon ist der Padan halt
nicht wieder heimgekommen. Gleich ist der Bergmoser dann zum
Mathäser umi, weil er dort seinen Spezl, der Ferdl, immer
beim Frühschoppen trifft. Das ist ein ganz Gewächster, und der
wird schon wissen, was da zu tun sein wird, daß man den Padan
wieder herkriegt.

Im Mathäser sitzt auch richtig der Ferdl schon bei der zwei-
ten Maß. „Grüß di, Bergmoser! Ja, was is denn jetzt der
über die Leber ganga, daß d' gar a so herfschauf wie a ver-
brennte Wang'n . . .?“ Und dann hat halt der Bergmoser erzählt,
wie er auf der Oktoberwies'n zuviel einigossen hätt, wie er dann
halt nimmer so ganz nüchtern gewesen ist und am andern Tag
in der Früh gemerkt hätt, daß er seinen Padan nimmer hat.

„Ja,“ sagt der Ferdl, „nig einfacher wie dös. Da gehst halt
jetzt zu der Zeitung und rufst a Inzerat ein, daß der Hund gegen
Belohnung bei dir abzugeben wär.“

„Du kannst scho Recht ham,“ meint der Bergmoser und tut
einen tüchtigen Zug aus dem Maßkrug. Dann hat er gleich das
Inzerat aufgesetzt und ist in die Zeitung gegangen, damit's gleich
hineinkommt.

Das Inzerat ist erschienen, aber der Padan ist nicht gebracht
worden. War halt ein gar schöner Hund, den keiner wieder her-
geben mocht für eine windige Belohnung, wie man sie gewöhnlich
kriegt, wenn man einen entlaufenen Hund zurückbringt.

Da ist der Bergmoser wieder ins Mathäserbräu gegangen
und hat seinem Freund Ferdl erzählt, daß keine Menschenseele
nicht gekommen wär, und daß er seinen Padan immer noch nicht
hätt.

„Wer'n mi glei ham!“ sagt der Ferdl. „Woast, der Materia-
lismus hat die Leut alle miteinander beim Schlafwittsch. Muast
halt mit der Wurscht nach der Speckzeit'n werfen . . .“

„Ja, wie nachert?“ fragt der Bergmoser und schaut so
blöb, wie er nur kann.

„Laß nur mi machen,“ sagt Ferdl darauf. Dann hat er sich
von der Zengl Papier und Linde kommen lassen und hat ein

neues Inzerat aufgesetzt. Da ist aber drin gestanden: „Mein
entlaufenen schottischer Windhund gegen 100 Mark Belohnung
abzugeben bei Ferdl Ofmann in der Pfinganserstraße 6.“

Am nächsten Tag hat das Inzerat in der Zeitung gestanden,
grad so, wie's der Ferdl auf'jetzt g'habt hat. Und die Zeitung
war noch keine drei Stunden fertig, da klingelts schon bei Ferdl
in der Wohnung, und ein Mann ist draußen gestanden, der einen
Hund bei sich gehabt hat. Der Ferdl macht auf, und wie er steht,
daß das der Padan vom Bergmoser ist, hat er den Mann mit
dem Hund schön freundlich eingeladen, er soll doch hereinkommen.
„Bitt' schön, wenn S' Platz nehmen wollen . . . Sie müssen mich
schon einen Augenblick entschuldigen, ich komm' sofort wieder
herein. Machen Sie sich derweil nur kommod . . . Nein, net
auf den Stuhl! Setzen Sie sich nur aufs Sofa! Bei mir brauchen
S' net schenierlich sein . . .“

Dann ist der Ferdl in die Küche gelaufen und hat seiner
Kathi gesagt, sie soll schnell hinüber zum Bergmoser. Gleich
müßt er aber überkommen; denn Padan wär da. Im nächsten
Augenblick war er wieder drin im Zimmer bei dem Mann mit
dem Hund.

„Ja, wo haben S' denn den Hund her?“

„Der is mir zugelaufen auf der Oktoberwies'n!“

„So, so. Auf der Oktoberwies'n?“

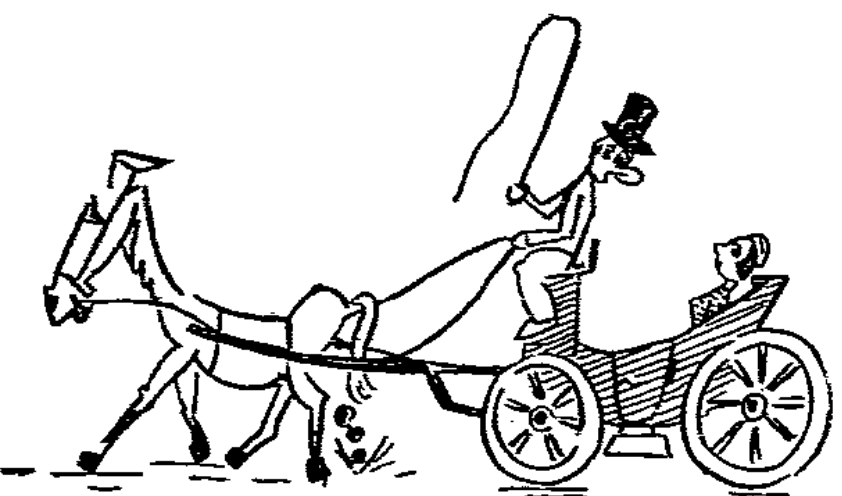
„Ja, und weil Sie in die Zeitung geseht haben, daß man ihn
abgeben soll in der Pfinganserstraße 6, gegen eine Belohnung
von 100 Mark, da hab' ich ihn dann hergebracht . . .“

„Is scho recht. Dös hat alles seine Richtigkeit. Wer mir
meinen Windhund bringt, der kriegt auch 100 Mark. Aber der
Hund da, den Sie hergebracht haben, der ist nicht der meinige.
Tut mir leid, aber da ham S' halt kein Glück net g'habt . . .“

Im gleichen Augenblick klingelts draußen, und ganz atemlos
kommt der Bergmoser herein. Raum hat er die Tür aufgemacht,
da springt der Padan auf und kann sich gar nicht lassen vor
lauter Freud, daß er sein Herrle wieder hat. „Schaum S',
Herr,“ sagt Ferdl, „daß dös nicht der meinige Hund ist. Der
g'hört dem Herrn Bergmoser. Und wenn er ihnen zugelaufen is,
mitlassen S' ihn ja wieder an den rechtmäßigen Besitzer abliefern.
Da gib'ts toan Nabi . . .“

Jetzt ist natürlich nichts weiter übrig geblieben. Der Berg-
moser hat seinen Windhund wieder gehabt und der Mann, der
ihn gebracht hat, ist mit 2 Mark Funderlohn zufrieden gewesen,
weil er halt das Pech gehabt hat, daß es nicht der Hund vom
Ferdl war. Aber recht grandig hat der Mann schon drein g'-
schaut, wie er mit seinen zwei Mark fortgegangen ist, wo er
doch gemeint hat, er tät 100 kriegen. Der Hund vom Ferdl hat
er aber nicht bringen können, weil der Ferdl in seinem Leben
überhaupt keinen gehabt hat.

Wie die zwei Spezln wieder allein sind, sagt der Bergmoser:
„Woast, Ferdl, a ganz a durchtriebener Bazi bist scho. Jetzt woast
i bloß net, wer der größere Windhund is, mei Padan oder du!“



„Können Sie nicht etwas schneller fortkommen, Rutscher?“
„Das schon — Gnädigste — aber wo bleibt das Pferd?“

Der billige Jakob

„Damen und Herren! Treten Sie näher! Hier finden Sie,
was Sie brauchen, hier sehen Sie, was Sie noch nie gesehen
haben. Als erstes hätten wir einmal da und hätten wir einmal
hier: zeha Programmpunkte. Einer für Proleten, Not lehrt
beten, einer für Herrn Thyssen, dienstbeflissen, einer für den
Großgrund- und einer für gar keinen Besitz, einer für Banken,
wenn sie nicht wanken, einer für die Arbeitslosen und einer gegen
die Franzosen. Noch dazu ein Zinsbrecher fürs traute Heim samt
Gebrauchsanweisung, eine Schachtel Dr. Federn, noch dazu eine
Aufsorbungsölbe für das Fräulein Tochter und einen Maßstab
für den Herrn Verehrer. Noch zu wenig, noch zu teuer: Ein Ni-
belungengericht für die Gattin und einen Schlagring für den Herrn
Gemahl. Ein Hungerriemen, ferner gratis und umsonst Hitlers
gesammelte Reden, echt Papier, echt Stroh! Außerdem ein Auto-
gramm des Kronprinzen, und als besondere Draufgabe, meine
Herrschaften, „Das Dritte Reich,“ der Schlagler der Saison! Das
alles, Damen und Herren, bekommen Sie in keinem Geschäft zu
kaufen, das alles wird von unserer Firma zu Einführungs-zwecken
um eine Bagatelle abgegeben: Die ganze Kollektion kostet Ihnen
bloß den Bersand, Damen und Herren, eine wirklich kleine Aus-
gabe, die sich jeder „Rationalsozialist“ leisten kann. Veräumen
Sie nicht die einzigartige Gelegenheit, bald ist es zu spät, greifen
Sie zu, meine Herrschaften!“

Strychnin

Katon kam in die Apotheke.
„Ein Pfund Strychnin,“ sagte er.
Der Apotheker bedauerte:
„Strychnin kann ich nur ausfolgen, wenn Sie ein Rezept
haben.“
Katon: „Ein Rezept habe ich nicht. Aber die Photographie meiner
Frau kann ich Ihnen zeigen.“

Wissen Sie, was ein Hochzeitslader ist?

Jedenfalls ein schlechtes Geschäft
Der „Miesbacher Anzeiger“ berichtet über eine Tagung der
Hochzeitslader, zu der sämtliche „Kollegen“ des Jar-, Loi-
sach- und Tegernseer Tales eingeladen waren. Die Hochzeitslader
trafen sich, um ihre Räte zu besprechen angesichts der Tatsache,
daß es für die berufsmäßigen Hochzeitslader kaum mehr möglich
sei zu existieren. „Die Paare, die tapfer genug sind, in den heil-
igen Stand der Ehe zu treten, sind selten und eingeladen
zum Hochzeitschmaus wird schon fast gar nicht mehr . . .“
Allgemeine Zustimmung fand die Junggesellen- und Ledigensteuer,
und es wurde nur bedauert, daß sich noch kein Reichskanzler in
Berlin gefunden hatte, der mit einer Notverordnung die Ehe-
schließung zwangsweise einzuführen gewillt sei.
Die Stunden verrannen viel zu schnell, Zithervorträge wech-
selten mit launigen Ansprachen ab, die Hochzeitslader blieben
auch am Abend bis in die Nacht zusammen und trösteten sich
gegenseitig über den Kummer, daß niemand, aber schon gar nie-
mand heiraten und eine richtige Hochzeit mit Schmaus — und
Hochzeitslader — hatten will.“

Die Ration

In Bremer Industriefesttagen wurde innerhalb von 24
Stunden die für die Freilassung Laßufens erforderliche Rau-
tion von einer Million Mark gesammelt.
Die tief im Pessimismus stehenden,
Die sahn die Industrie schon pleite:
Nun zeigt sie sich im Fall Laßufens
Auch mal von einer andern Seite.
Die Herren, die die Löhne senken
Und schreien: Fort mit den Tarifen!
Sieht man im Handeln und im Denken
Von schönem Edelmuten triesen.
Ob sie am Ende gar sich dachten:
Die Zetten heute, die sind leidig . . .
Bis selber wir im Rittchen schmachten,
Da helfen wir uns gegenseitig. Hans Bauer.



„Sie versuchen, mir in die Karten zu sehen!“
„Hab' ich das vielleicht nötig? Ich habe sie doch selbst ver-
teilt!“